



Grossauflage

VOLKSBLATT

Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL-9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
Fax Redaktion +423 237 51 55
Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li
Fax Inserate +423 237 51 66
Mail Inserate: inserate@volksblatt.li
Internet: http://www.volksblatt.li

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 7

VERBUND | SÜDOSTSCHWEIZ

DONNERSTAG

«Schutzinseln» für unsere Kinder!

SCHAAN: Tragische Unfälle – vor allem mit Kindern – erschüttern uns, rütteln uns wach. Damit dieser Augenblick des Wachrüttelns auch längerfristig Früchte trägt, die unsere Kinder besser zu schützen vermögen, hat die Gemeinde Schaan die Kommission «Schulwegsicherung» ins Leben gerufen. Seite 8

Migros auf Wachstumspfad

ZÜRICH: Die Migros-Genossenschaften sind auf den Wachstumspfad zurück gekehrt. Nach einem harzigen Vorjahr haben sie den Umsatz im Jubiläumjahr 2000 um 3,1 Prozent gesteigert. Seite 17

Strobl vor Strobl



SKI-ALPIN: Die beiden Strobls, Fritz Strobl und Pepi Strobl, führen im ersten Training zu den Weltcup-Abfahrten in Wengen vom Freitag und Samstag die besten Zeiten. Dahinter folgten mit Ghedina, Fattori und Sulzenbacher drei Italiener, die bei Neuschnee-Verhältnissen stets schnell sind. Marco Büchel (Bild) und Jürgen Hasler mussten sich mit den Rängen 36 und 51 begnügen. Seite 21

«Todesengel» in Kalifornien

GLENDAL: Ein ehemaliger Krankenpfleger ist am Dienstag im US-Bundesstaat Kalifornien unter dem Verdacht festgenommen worden, zahlreiche Patienten getötet zu haben. Letzte Seite

REKLAME

Maleratelier Boss AG
Zollstrasse 46, FL-9490 Vaduz
Natel 079 696 07 83
Telefon 00423 232 19 75
Telefax 00423 232 19 76

Filiale Ruggell
Dorfstrasse 220, 9491 Ruggell
Telefon 00423 373 63 50

E-mail robo@supra.net
www.supra.net/bossag



Finanzielle Entlastung für Familien

Erhöhung der Kinder- und Geburtszulagen aufgrund der FBP-Initiative

Familien mit Kindern werden dank einer Initiative der FBP-Landtagsfraktion finanziell entlastet. Der Landtag beschloss im Herbst des vergangenen Jahres aufgrund des Vorstosses der Bürgerpartei, dass sowohl die Kinder-, als auch die Geburtszulagen ab diesem Jahr erhöht werden. Die erstmalige Auszahlung der erhöhten Beiträge an die Familien erfolgt morgen Freitag.

Peter Kindle

Immer wieder wies die amtierende Regierung in der Vergangenheit darauf hin, dass ein intaktes Umfeld für Kinder und eine aktive Familienpolitik unerlässlich sei. Die Fraktion der Bürgerpartei liess diesen blossen Lippenbekenntnissen aber Taten folgen.

So fand die Initiative der Bürgerpartei, die Kinderzulagen um monatlich 30 Franken zu erhöhen, im Landtag breite Zustimmung. Ebenso wurden die Geburtszulagen um 200 Franken angehoben. Gleichzeitig mit den Anträgen der FBP-Initiative wurde vom Landtag auch die Erhöhung der Zulage für Alleinerziehende um 30 Franken begründet.

Erste Auszahlung der erhöhten Zulagen

Morgen Freitag beginnt nun die finanzielle Entlastung von



Aufgrund einer FBP-Initiative im Landtag werden Familien nun finanziell entlastet. Die erhöhten Kinder- und Geburtszulagen werden morgen erstmals ausbezahlt. (Bild: Keystone)

Familien mit Kindern. Die AHV/IV/FAK wird die erhöhten Beiträge an die liechtensteinischen Familien erstmals auszahlen.

Mehrkosten sind gedeckt

Die Erhöhung der Zulagen zur finanziellen Unterstützung von Familien bringt jährliche Mehrkosten von rund 3,8 Millionen Franken mit sich, die aber aus den laufenden Beiträgen der Arbeitgeber und Selbstständigerwerbenden, sowie aus

Erträgen der Kapitalanlagen gedeckt werden. Der FBP-Abgeordnete Rudolf Lampert betonte diesbezüglich anlässlich der Debatte im Landtag: «Die Initiative der Bürgerpartei kann problemlos durch die FAK selbst finanziert werden, so dass der Staat nicht zusätzlich belastet wird.» Rudolf Lampert begründete dies mit der Tatsache, dass das Kapital des FAK-Fonds rund 94 Millionen Franken beträgt.

Die Erhöhung der Zulagen und die finanzielle Entlastung

der Familien macht alleine schon deshalb Sinn, da die heutige Arbeitswelt eine Verbindung von Erziehungsarbeit und Erwerbstätigkeit erschwert. Familien nehmen immer grössere Bürden auf sich, die sich besonders auf das jeweilige Budget negativ auswirken. Das Engagement von Familien für die Gesellschaft soll honoriert werden und daher zumindest teilweise in Form von Kinderzulagen vom Staat wieder zurückvergütet werden.

KOMMENTAR

Die anhaltende Diskussion um die Gesundheitsverträglichkeit und die Intensität der elektromagnetischen Felder, welchen wir wegen der Mobiltelefonie ausgesetzt sind, hat die Regierung nun veranlasst, Messungen in Auftrag zu geben. Es soll gemäss Pressemitteilung gemessen werden, ob die Mobilfunkbetreiber die Grenzwerte einhalten oder nicht.

Fragwürdige Messungen

Damit der Regierung im Wahlkampf nicht nachgesagt werden kann, dass sie bezüglich der Bedenken gegen die Gesundheitsverträglichkeit dieser Strahlen, welche in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden sind, nichts unternehme, hat sie vollmundig über eine Pressemitteilung diese Messungen öffentlich angekündigt. Damit hat sie aus wahlkampfaktischen Gründen einen Fehler begangen, welcher dazu führt, dass die Messungen nicht mehr ernst genommen werden können. Die Regierung kündigt nämlich in der Pressemitteilung an, dass die Messungen zwischen dem 9. und 22. Januar stattfinden werden. Die Mobilfunkbetreiber können somit leicht darauf achten, dass sie die Grenzwerte während dieser Zeitspanne einhalten. Das heisst: Sie wurden vorgewarnt. Sie wissen nun auch, dass sie nach dem 22. Januar nicht mehr kontrolliert werden. Wer garantiert, – ohne den Betreibern etwas unterstellen zu wollen – dass die Grenzwerte nach dem 22. Januar eingehalten werden? Ich hätte mir gewünscht, dass die Regierung – analog zur Schweiz – zeitlich unbeschränkte und unangemeldete Messungen mit ständigen Stichproben in Auftrag gegeben hätte. In der Schweiz werden in unregelmässigen Abständen unangemeldete, also geheime Messungen durchgeführt. Wieso nicht bei uns? Auf diese Art und Weise wäre der sich sorgenden Bevölkerung die Sicherheit gegeben worden, dass die Grenzwerte ständig und nicht nur über eine beschränkte Zeit eingehalten werden. Und wenn schon die Messungen zeitlich beschränkt durchgeführt werden, dann wenigstens geheim und unangemeldet. Leider steht der Regierung der Wahlkampf näher als die Sorge der Bevölkerung. Wenn man dann noch bedenkt, dass beispielsweise in Mauren – weltrekordverdächtig – 11 (!) verschiedene Netze empfangbar sind, wäre es höchste Zeit, dass sich die Regierung endlich glaubhaft und nicht nur wegen den Wahlen diesen Bedenken annimmt. Alexander Batliner

Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz

Rund 400 Gäste überbrachten der Fürstenfamilie die besten Wünsche fürs neue Jahr

Landesfürst S.D. Hans-Adam II. und I.D. Fürstin Marie luden gestern Nachmittag zum Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz. Eingeladen waren neben dem diplomatischen Korps die Mitglieder der Regierung, die Landtagsabgeordneten, Erzbischof Wolfgang Haas, die Gerichtspräsidenten, die Gemeindevorsteher und die Pfarrherren. Insgesamt waren rund 400 Vertreter des öffentlichen Lebens unseres Landes auf Schloss Vaduz zugegen. Zu den geladenen Gästen gehörte auch das FBP-Regierungsteam mit Regierungschefkandidat und Landtagsvizepräsident Otmar Hasler (Bild Mitte) an der Spitze, der von seiner Frau Traudi (rechts) begleitet wurde. Im Zentrum der Gespräche zwischen den Gästen auf Schloss Vaduz standen die bevorstehenden Landtagswahlen, über dessen Wahlausgang spekuliert wurde. Seiten 4 + 5

